

## **Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Verein für Socialpolitik –**

Vorsitzender: Prof. Dr. Gernot Gutmann, Universität zu Köln

Stellvertr. Vorsitzender: Prof. Dr. Dr. h. c. Walther Busse von Colbe, Ruhr-Universität Bochum

Schatzmeister: Prof. Dr. Dr. h. c. Leonhard Gleske, Deutsche Bundesbank, Frankfurt/M.

Schriftführer/Geschäftsführer: Dr. Werner Klein, Universität zu Köln

Geschäftsstelle: Albertus-Magnus-Platz, D-5000 Köln 41, Tel. (02 21) 4 70 - 26 03 oder 44 10

### **Berichte aus der Arbeit der Gesellschaft**

#### **Ausschuß zum Vergleich von Wirtschaftssystemen**

Der Ausschuß hat sich auf seiner Tagung vom 16. - 19. September in Berlin mit dem Thema „Probleme der monetären Steuerung in alternativen Wirtschaftssystemen“ beschäftigt. Während Bedeutung und Aktualität des Themas für marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftssysteme evident sind, ließe sich auf den ersten Blick vermuten, daß in planwirtschaftlich orientierten Systemen monetäre Probleme eine eher untergeordnete Rolle spielen. Denn schließlich wird hier die Koordinationsfunktion vom Planer auf der zentralen und der intermediären Ebene mit Hilfe von im wesentlichen naturalwirtschaftlichen Mengenindikatoren ausgeübt. Diese traditionelle Sichtweise ist jedoch nicht mehr ganz zutreffend. Monetäre und Preisindikatoren erhalten im Rahmen einer parametrischen Planung in vielen sozialistischen Wirtschaftssystemen ein wachsendes Gewicht. Sowohl die sozialistische als auch die westliche Literatur widmen diesen Fragen mehr und mehr Raum. In diesem Zusammenhang muß dann auch die augenblickliche Arbeit des Ausschusses gesehen werden.

Das einleitende Referat „Zur Funktion und Bedeutung des Geldes in Wirtschaftssystemen sowjetischen Typs“ wurde von PD Dr. *Spiridon Paraskewopoulos*, Köln, gehalten. Der Referent machte deutlich, daß die Geldlosigkeit einer Planwirtschaft, wenn sie denn theoretisch (vgl. z. B. Hensel) möglich sein sollte, realtypisch betrachtet eine Illusion ist. Unter der idealtypischen oder ideologisch begründeten Annahme der Interessenharmonie zwischen Zentralplaner und dezentralen Einheiten hat das Geld jedoch keinerlei spezifischen Einfluß auf den Ablauf des Wirtschaftsprozesses. Doch ist auch diese Annahme realtypisch gesehen eine Illusion, so daß die relevante Frage lauten muß, welchen Einfluß das Geld im System einer real existierenden Zentralverwaltungswirtschaft ausübt.

Implizit engte der Referent seine Fragestellung insofern noch weiter ein, als er nur untersuchte, welche die güterwirtschaftlichen Pläne störenden Einflüsse das Geld

ausüben kann. Die entsprechenden Probleme sind vor allem im mikroökonomischen Bereich zu suchen. Strukturell lassen sich Buchgeldkreislauf, Transaktionen zwischen den staatlichen Betrieben, und Bargeldkreislauf, Transaktionen zwischen dem staatlichen Sektor und der Bevölkerung und der Bevölkerung untereinander, trennen. Beide Kreisläufe weisen tendenziell einen Geldüberhang auf. Der Referent war der Ansicht, daß hiervon zwar kein direkter, wohl aber ein indirekter Einfluß auf die Faktorallokation ausgehe.

In seinem Beitrag „Die Geldhaltung in sozialistischen Planwirtschaften: eine theoretisch-empirische Analyse“ stellte sich Prof. Dr. *Karl-Hans Hartwig*, Münster, die Aufgabe, die private Geldnachfrage in sozialistischen Planwirtschaften mit dem Instrumentarium der modernen westlichen Geldtheorie zu analysieren. Die Anwendbarkeit wahlhandlungstheoretischer Geldnachfragemodelle schien dem Referenten durch die prinzipielle Gleichförmigkeit des ökonomischen Verhaltens gegeben zu sein. Der wesentliche Systemunterschied beruht auf dem Spektrum der alternativen Anlagemöglichkeiten, das in sozialistischen Planwirtschaften erheblich reduziert ist.

Natürlich wirft die Schätzung von Geldnachfragefunktionen dann noch genügend systemspezifische Probleme auf, die sich nicht nur auf das Datenmaterial beschränken. An Hand eines Datensatzes für die VR Polen kam der Referent zu brauchbaren Schätzergebnissen und damit zu dem Schluß, daß für die Bestimmung der Geldnachfrage in sozialistischen Wirtschaftssystemen die mikro-ökonomisch fundierten Instrumente der westlichen Forschung eingesetzt werden können.

Die Angebotsseite der monetären Steuerung wurde systemübergreifend im Referat „Der Einfluß von Unternehmens- und Marktverfassungen auf die Effizienz der Geldangebotssteuerung“ von Prof. Dr. *H. Jörg Thieme*, Bochum, behandelt. Ausgangshypothese des Referates war eine Asymmetrie zwischen Markteintrittschancen und Marktaustrittszwängen, die u. a. im Strukturwandel zu gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsproblemen führen kann. Die Insolvenzfähigkeit von Unternehmen hängt von den Unternehmens- und Marktverfassungen der jeweiligen Wirtschaftssysteme ab.

In sozialistischen Planwirtschaften entsteht nach Ansicht des Referenten ein systemspezifischer Kreditnachfragesog besonders dadurch, daß in ungeplanten Insolvenzsituationen die Staatshaftung den Marktaustritt verhindert. Auf der Angebotsseite ist das einstufige Bankensystem mit der Notenbank an der Spitze gehalten, die Kreditnachfrage der staatlichen Unternehmen zu befriedigen. Der Vergleich mit kapitalistischen Marktwirtschaften zeigt die Bedeutung der Autonomie der Notenbank in einem doppelstufigen Bankensystem. Denn bei einer entsprechenden Notenbankpolitik sind dem Staat enge Grenzen gesetzt, wenn er insolvenzgefährdete Betriebe retten will. Theoretisch müßten sozialistische Marktwirtschaften mit Arbeiterselbstverwaltung im Strukturwandel am geringsten inflationsgefährdet sein, wenn der Staat auf eine Haftung für die Betriebe verzichtet und das Bankensystem autonom ist. Denn hier findet die Anpassung über die flexiblen Residualeinkommen (= Arbeitseinkommen) statt. Die Realität in Jugoslawien sieht allerdings anders aus.

Monetäre Probleme beschränken sich nicht nur auf die Binnenwirtschaft. Das westliche, wie das östliche Wirtschaftssystem haben, wenn auch auf sehr unterschiedliche Weise, mit Problemen der Außenwährung zu kämpfen. Diesem Thema widmete sich das Referat „Funktionsprobleme der gemeinsamen Währung des RGW (Transferabler Rubel)“ von Dr. *Hermann Clement*, München. Nach Ansicht des Referenten dient der transferable Rubel (TRbl) nur formal als Recheneinheit und kann sowohl die Tauschmittelfunktion des Geldes wie die Wertaufbewahrungsfunktion nur unzureichend oder gar nicht erfüllen.

Eines der Hauptprobleme des TRbl ist seine Überbewertung gegenüber dem Dollar. Dieser Umstand kann unter bestimmten Bedingungen einen nicht unerheblichen Verteilungseffekt unter den einzelnen RGW-Ländern bewirken. Abgesehen davon kann der TRbl unter den heutigen Systembedingungen keinen einheitlichen Wert besitzen. Die Konsequenz aus den enormen Schwierigkeiten, den TRbl mit echten Geldfunktionen auszustatten, lautet dann dem Referenten nach, die internationalen Geldfunktionen von konvertiblen nationalen Währungen der RGW-Länder übernehmen zu lassen.

Die Tagung wurde mit einer Generaldebatte abgeschlossen, in der die behandelten Probleme der monetären Steuerung in den Zusammenhang der zur Zeit in Osteuropa durchgeführten Wirtschaftsreformen gestellt wurden. Die Teilnehmer waren sich einig, daß die weitere Monetarisierung dieser Wirtschaften zu den zentralen Reformproblemen gehört und daß hierfür institutionelle Innovationen erforderlich sind. Der Ausschuß beabsichtigt, seine Arbeit zu diesem Thema im folgenden Jahr fortzusetzen und die Resultate dann in den Schriften des Vereins zur Diskussion zu stellen.

Prof. Dr. Hans-Jürgen Wagener, Groningen

### Ausschuß für Finanzwissenschaft

Die Jahrestagung fand am 10. - 12. 06. 1987 in Lübeck zu dem Thema: „Öffentliche Finanzen in der Umweltpolitik“ statt.

Es wurden vier *Referate* gehalten. Prof. Dr. *Dieter Cansier* (Tübingen) präsentierte in seinem Referat neuere theoretische Ansätze zur Lösung von Umweltproblemen. Es wurden drei neuere Modellansätze behandelt: Die Beurteilung finanzwirtschaftlicher Instrumente unter Unsicherheit über die Schadens- und Vermeidungskostenfunktionen bei der Umweltbehörde wie bei den Emittenten, die Relativierung der traditionellen Effizienzaussage, wenn von den Emissionen unterschiedliche Belastungswirkungen ausgehen und die Verringerung der „excess burden“ des Steuersystems über die Verwendung des Aufkommens aus Umweltabgaben für Steuersenkungen.

Die Abhandlung von Prof. Dr. *Charles Blankart* (Berlin) bestand aus zwei selbständigen Referaten; das eine befaßte sich aus ökonomischer Sicht mit dem Wasserpfennig, das andere mit der Besteuerung und Haftung im Sondermüllbereich. Beim Referat über den Wasserpfennig ging es um die Regelung einer Interessenkollision zwischen Wasserwerken und Landwirten in Wasserschutzgebieten. Bei dem Referat über den Sondermüllbereich trennt der Verfasser zwischen Altlasten und Neuanlagen. Im Hinblick auf die Bewältigung der Altlasten erörterte er das ökonomische Pro und Contra der Regelbindung. Die Probleme der Neuanlagen für Sondermüll wurden zunächst in zwei Modellen behandelt. Daran anschließend erörterte der Verfasser das Kalkül von Schädiger und Geschädigten bei verschiedenen Haftungsformen.

Prof. Dr. *Dietrich Dickertmann* (Trier) lieferte in seinem Beitrag eine Bestandsaufnahme der umweltschutzorientierten Maßnahmen, die es in unserem Steuersystem gegenwärtig gibt. Die Bestandsaufnahme selbst wurde nach Belastungsmaßnahmen mit umweltschützenden Bezügen und umweltschützender Zielsetzung sowie nach Entlastungsmaßnahmen zugunsten der Umwelt gegliedert. Im letzten Teil der Arbeit wurden sachverhaltsbezogene Schlußfolgerungen gezogen und Entwicklungslinien von umweltpolitischen Maßnahmen in unserem Steuersystem aufgezeigt.

Wesentliche *Diskussionsaspekte* zu den Referaten bestanden darin:

Referat *Cansier*: Die verteilungspolitische Beurteilung von Emissionsabgaben wurde kontrovers erörtert. Je nach zugrundegelegter Ausgangslage sowie unterstell-

ter Inzidenz gelangten die Teilnehmer zu unterschiedlichen Ergebnissen. Bezüglich der Abwasserabgabe wurde herausgearbeitet, daß sie zwar theoretisch nicht schlecht, in der Praxis aber kein Erfolg sei, da es vielen Unternehmen aus unterschiedlichen Gründen gelinge, sich von der Zahlung befreien zu lassen. Zielkonflikte zwischen Ökonomie und Ökologie wurden bestritten. Ökologische Aspekte könnten durchaus in ökonomische Analysen integriert werden. Außerdem wurden der Einfluß der Ökonomen auf die praktische Umweltpolitik, die Unterschiede zwischen Abgaben und Auflagen sowie einige Modellerweiterungen angesprochen.

Referat *Blankart*: Beim Kapitel zur Wasserwirtschaft stand die Frage, ob das verwendete Modell die Realität adäquat beschreibt, im Mittelpunkt der Diskussion. Hierbei ging es vor allem darum, ob Schattenpreise eingebaut werden sollten. Des weiteren wurde eine Differenzierung des unterstellten Verhaltens der Wasserwerke in Abhängigkeit vom Unternehmenstyp für wünschenswert gehalten. Es wurde bezweifelt, ob es sich beim baden-württembergischen Wasserpfennig tatsächlich um eine Sonderabgabe handelt; mehrere Teilnehmer gingen hier eher von einer Verbrauchsteuer aus. Zur Altlastenbewältigung sprach sich die Mehrheit für das Prinzip der Regelbindung und damit gegen interventionistische Praktiken aus. Bei der Vermeidung bzw. Eindämmung künftiger Sondermüllprobleme stand das Problem im Vordergrund, welche Haftungsbestimmungen dafür mehr oder weniger geeignet sind.

Referat *Dickertmann*: Die Frage, welche steuerlichen Regelungen sinnvollerweise als umweltschützend angesehen werden sollten, wurde ausführlich diskutiert. Die vom Referenten gewählte Abgrenzung wurde hierbei als zu weit bezeichnet. Von den einzelnen steuerlichen Regelungen standen die Neuregelungen bei der Kfz- und Mineralölsteuer im Mittelpunkt der Diskussion. Zum Verständnis des insgesamt nicht rationalen Konzeptes erwies sich die Entstehungsgeschichte als hilfreich. Unterschiedliche Meinungen bestanden darüber, ob Aspekte des internationalen Wettbewerbs geringere Umweltauflagen rechtfertigen. Auch hier zeigt sich, daß ökologische und ökonomische Aspekte zusammen betrachtet werden müssen.

Die Jahrestagung 1988 soll in Köln in der ersten Woche nach Pfingsten mit dem Thema: „Öffentliche Finanzen und Umweltpolitik II“ stattfinden. Fünf Kollegen wurden als neue Mitglieder aufgenommen.

Prof. Dr. Kurt Schmidt, Mainz